



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 26.04.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 29. April 2024 Fokusthemen: **Wahlen, Sicherheit und Verwaltung**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Behandlung von vier Vorstössen, die als Entgegennahmen traktandiert sind, und einer Fristerstreckung im schriftlichen Verfahren ein neues Gerichtsmitglied und vier Ersatzmitglieder wählen. Anschliessend steht ein von allen Fraktionen unterstütztes dringliches Postulat auf der Traktandenliste, das der Regierungsrat entgegennehmen möchte. Sollte dennoch ein Ratsmitglied eine Diskussion fordern, wird diese umgehend geführt. Keine grossen Diskussionen sind zur Abschreibung zweier Postulate zu erwarten. Sollte nach der Behandlung von drei weiteren Vorstössen noch Zeit verbleiben, wird sich der Rat parlamentarischen Initiativen widmen, bevor die letzte Sitzung des Amtsjahres mit Würdigungsreden enden wird.

Entgegennahmen zu Herdenschutzhunden, KI, Holzimitaten und Jugendstrafvollzug

Zu Beginn der Sitzung sind vier Postulate als Entgegennahmen traktandiert. Das heisst, dass der Regierungsrat sich bereit erklärt hat, die Vorstösse entgegenzunehmen. Wenn kein Ratsmitglied opponiert, werden diese Postulate diskussionslos überwiesen. Falls aber die Diskussion verlangt wird, wird das Geschäft später für die inhaltliche Debatte neu angesetzt. Mit einer Motion fordert EDU-Kantonsrat Hans Egli, unterstützt von Grünen und AL, Herdenschutzhunde von der Hundeabgabe zu befreien ([KR-Nr. 38/2024](#)). FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel möchte mit Unterstützung von SVP, GLP, Mitte und EVP den Regierungsrat einladen, in einem Bericht darzulegen, wie die Künstliche Intelligenz im Baubewilligungsverfahren eingesetzt werden kann, damit die Baubehörden entlastet und das Bewilligungsverfahren beschleunigt werden ([KR-Nr. 40/2024](#)). SVP-Kantonsrat Urs Wegmann will zusammen mit SP, FDP und Mitte den Regierungsrat auffordern, die Praxis für das Bauen von landwirtschaftlichen Ökonomiegebäuden in der Landwirtschaftszone dahingehend anzupassen, dass anstelle von Holz auch Holzimitate und praxistaugliche Torlösungen grundsätzlich möglich sind ([KR-Nr. 58/2024](#)). Und EVP-Kantonsrat Tobias Mani möchte mit Unterstützung von SP, GLP, Grünen, Mitte und AL den Regierungsrat einladen, die Angebote und den Bedarf im Bereich Jugendstrafvollzug zu prüfen, zu verbessern und darüber Bericht zu erstatten ([KR-Nr. 68/2024](#)).

Hans Egli (EDU, Steinmaur), 076 526 79 26
Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55
Urs Wegmann (SVP, Neftenbach), 078 748 26 60
Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

Dringliches Postulat gegen Antisemitismus und Rassismus an Schulen

Ebenfalls entgegennehmen möchte der Regierungsrat ein dringliches Postulat von FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel, das von allen Fraktionen im Rat unterstützt wird ([KR-Nr. 69/2024](#)). Der Regierungsrat wird darin eingeladen, in einem Bericht darzulegen, wie in Übereinstimmung mit dem Lehrplan 21 in den Sekundarschulen sowie auf den weiteren Schulstufen Aufklärungsarbeit betrieben werden kann, um dem wachsenden Antisemitismus und Rassismus zu begegnen. Sollte ein Ratsmitglied wider Erwarten einen Ablehnungsantrag stellen, wird über die Überweisung des Vorstosses sofort diskutiert, da es sich um ein dringliches Postulat handelt.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Digitale Transformation der Verwaltung schreitet voran

Rasch behandelt werden dürfte die Abschreibung eines Postulats der FDP zur digitalen Transformation der Verwaltung. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem

Kantonsrat einstimmig, den Vorstoss als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 160/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, in einem Bericht aufzuzeigen, welche Erlasse einen ausschliesslich medienbruchfreien und digitalen Vollzug verhindern und wie und bis wann diese Hindernisse beseitigt werden können.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Berichterstattung über Massnahmen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt

Keine lange Diskussion ist zu einer Änderung des Gewaltschutzgesetzes zu erwarten. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, im Gesetz festzuschreiben, dass der Kanton die Fälle von Stalking und häuslicher Gewalt analysiert und dazu verschiedene Daten sowohl der gefährdenden als auch der gefährdeten Person erhebt ([5899](#)). Zudem soll er, gestützt auf die erhobenen Daten, die Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Stalking evaluieren und die Ergebnisse alle drei Jahre in einem Bericht veröffentlichen. Mit dieser Vorlage wird das Anliegen einer breit abgestützten Motion der AL (KR-Nr. 477/2020) umgesetzt und erweitert.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

Postulate zu interkantonalen Polizeieinsätzen, Wahlunterlagen und Vernehmlassungen

Mehr zu diskutieren dürfte es bei der Behandlung dreier Postulate geben, über deren Überweisung der Rat zu befinden hat. Wenn ein Kanton ein Ereignis trotz Unterstützung durch Nachbarkantone, durch Konkordatspartner oder bilateral durch einzelne andere Polizeikorps polizeilich nicht bewältigen kann und deshalb auf zusätzliche Polizeikräfte angewiesen ist, liegt ein interkantonaler Polizeieinsatz (IKAPOL) vor. FDP-Kantonsrat Michael Biber möchte, dass die in der IKAPOL-Vereinbarung geregelten Entschädigungen aus dem Jahr 2006 auf ein zeitgemässes Niveau angehoben werden ([KR-Nr. 317/2023](#)). Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzulehnen. SP-Kantonsrätin Isabel Bartal fordert mit Unterstützung der EVP, dass der Regierungsrat prüft, wie er Wahl- und Abstimmungsunterlagen besser vermitteln kann ([KR-Nr. 442/2022](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP eine Diskussion darüber verlangt hat, wird über eine Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden. Zur Ablehnung beantragt hat die Regierung indes ein Postulat von SVP-Kantonsrat Rochus Burtscher. Dieser fordert mit einem ursprünglich von Altkantonsrat Matthias Hauser eingereichten und von der GLP unterstützten Vorstoss, dass Vernehmlassungsverfahren der kantonalen Verwaltung vereinfacht werden ([KR-Nr. 165/2023](#)).

Michael Biber (FDP, Bachenbülach), 044 864 34 85

Isabel Bartal (SP, Zürich), 079 400 43 49

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58

Parlamentarische Initiative zu Arbeitszeiten und Sozialhilfe

Sollte vor dem Sitzungsende noch Zeit verbleiben, wird der Kantonsrat einige parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der PI. Benjamin Walder, Kantonsrat der Grünen, fordert, unterstützt von SP, EVP und AL, für Assistenzärztinnen und -ärzte eine Höchstarbeitszeit von 42 Stunden pro Woche – plus vier Stunden Weiterbildung ([KR-Nr. 10/2024](#)). Und Grünen-Kantonsrätin Jeannette Büsser will mit Unterstützung von SP und AL die Pflicht für Sozialhilfebeziehende, zu einer günstigeren Krankenversicherung zu wechseln, aus dem Sozialhilfegesetz streichen ([KR-Nr. 28/2024](#)).

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), 078 676 79 73

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56

Schriftliches Verfahren:

Diskussionslos behandelt, weil unumstritten, wird am Montag als Traktandum 6 die Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion [KR-Nr. 125/2021](#) betreffend «Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Zürich».

Personelles:

In geheimer Wahl wird am Montag ein neues Mitglied des Sozialversicherungsgerichts gewählt ([KR-Nr. 371/2023](#)). Anschliessend stehen die Wahlen eines Ersatzmitglieds des Baurekursgerichts ([KR-Nr. 44/2024](#)) sowie dreier Ersatzmitglieder des Obergerichts an ([KR-Nrn. 368/2023](#), [369/2023](#) und [407/2023](#)). Diese Wahlen können offen durchgeführt werden. Die Wahlvorschläge der Interfraktionellen Konferenz (IFK) sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12